



HESSISCHER LANDTAG

13. 04. 2021

SIA

Dringlicher Berichts Antrag

Christiane Böhm (DIE LINKE) und Fraktion

Fortgang der Impfkampagne und weiterer Anti-Corona-Maßnahmen

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

I. Impfungen

1. Wie stellt sich zum heutigen Tag die Erst- und Zweit-Impfquote in Hessen dar? Wie liegt Hessen im Bundesländervergleich bei Erst- und Zweitimpfungen?
2. Wie viele der ca. 58.000 Immobilien über Achtzigjährigen konnten inzwischen geimpft werden?
3. Wann rechnet die Landesregierung mit einer Öffnung der Impfungen in Hessen für die Priorisierungsgruppe 3?
4. Plant die Landesregierung sich dafür einzusetzen, weitere Personengruppen früher einen umfassenden Impfschutz zu ermöglichen, insbesondere
 - a) Busfahrerinnen und Busfahrer und anderen Beschäftigten im ÖPNV mit regelmäßigem dienstlichen Personenkontakt,
 - b) Verkäuferinnen und Verkäufer, insbesondere im Lebensmitteleinzelhandel,
 - c) Beschäftigten der Kinder- und Jugend-, sowie weiteren sozialen Arbeit, sofern diese nicht im Rahmen der Priorisierungsgruppe 2 erfasst sind,
 - d) Mitgliedern der (Freiwilligen) Feuerwehren,
 - e) allen Lehrkräften,
 - f) ggf. weiteren aus Sicht der Landesregierung schützenswerten Beschäftigtengruppen?
5. Nach Angaben des RP Kassel (wiedergegeben im „Wiesbadener Kurier“ vom 13.04.2021) seien bislang lediglich 151 Anträge auf Fahrtkostenerstattung zu den Impfzentren eingereicht worden. Davon seien 28 positiv beschieden, 25 abgelehnt, fünf zurückgenommen und 93 Anträge noch nicht abschließend bearbeitet. Die geringen Antragszahlen werden u.a. mit sechs einzureichenden Formularen oder Nachweisen begründet.
 - a) Wie beurteilt die Landesregierung dies mit Blick auf einen möglichst einfachen und barrierefreien Zugang zu den Impfzentren?
 - b) Warum wurde seitens der Landesregierung kein vergleichbares Verfahren wie in Berlin gewählt, wo mit dem Einladungsschreiben zugleich zwei Taxigutscheine, zweckgebunden für die Fahrten in die Impfzentren, versandt wurden?
6. Wie ist aus Sicht der Landesregierung die hausärztliche Impfkampagne in Hessen angefallen?
7. Wie beurteilt sie Beschwerden von Hausärztinnen und Hausärzten über einen hohen bürokratischen Aufwand, insbesondere zahlreiche auszufüllende Formulare, die bei anderen Impfungen nicht vergleichbar verlangt würden?
8. Ab wann sollen Betriebsärztinnen und Betriebsärzte in die Impfkampagne eingebunden werden?
9. In wie vielen Fällen wurde das bei der Landesärztekammer eingerichtete Beratungsgremium für mögliche Härtefälle im Rahmen der Priorisierung bisher tätig?

10. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zu ergreifen, um der Skepsis gegenüber dem AstraZeneca-Impfstoff zu begegnen und daraus resultierende Folgen (teils 30 % ausfallende Impftermine, zunehmende allgemeine Verunsicherung, etc.) zu begegnen?
11. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu den berichteten möglichen Thrombose-Bildungen im Zusammenhang mit dem Johnson & Johnson-Impfstoff?

II. Weitere Anti-Corona-Maßnahmen

12. Wie beurteilt die Landesregierung das vorliegende „Vierte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“?
13. Mit welchen Schwerpunkten hat die Landesregierung im Rahmen der Bund-Länder-Hintergrundgespräche am „Vierten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ mitgewirkt?
Wo hat sie Veränderungen erreicht?
14. Auf welcher wissenschaftlichen Basis beurteilt die Landesregierung nächtliche Ausgangssperren als wirksames Instrument der Pandemiebekämpfung, insbesondere auch in ländlichen Räumen?
15. Wie beurteilt sie in dieser Hinsicht den Offenen Brief von fünf Vertreterinnen und Vertreter der Deutschen Gesellschaft für Aerosolforschung vom 11. April 2021?
16. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass in allen hessischen Unternehmen die verpflichtenden Testangebote für Präsenzbeschäftigte zeitnah umgesetzt werden?
Wie soll dies kontrolliert werden?
17. Welche Bilanz zieht die Landesregierung zum jetzigen Zeitpunkt bezüglich der drei Öffnungs-Modellprojekte Alsfeld, Baunatal und Dieburg?
Werden die Modellprojekte bei Erreichen der Stufe Schwarz des Eskalationskonzepts der Landesregierung (aktuell bei einer Sieben-Tage-Inzidenz von 100) beendet?
Wenn nein, warum nicht?
18. Wie bringt die Landesregierung in Einklang, dass einerseits bei Stufe Schwarz des Eskalationskonzepts weitergehende Beschränkungen des Kita- und Schulbetriebs vorgesehen sind, andererseits – bei 22 von 26 Kreisen und kreisfreien Städten (Stand: 13.04.2021) mit einer Inzidenz über 100 – der Status Quo im Schulbetrieb fortgeschrieben werden soll?

Wiesbaden, 13. April 2021

Christiane Böhm

Die Fraktionsvorsitzende:
Janine Wissler